

## Medieninformation

05. Oktober 2017

### **Ausbau der Rheintalbahn – Fortsetzung des politischen Dialogs erforderlich**

Beim viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Ofenburg und Basel sieht die IG BOHR die Notwendigkeit, den Dialog der Region mit der Politik fortzusetzen. Der Projektbeirat Rheintalbahn hat als politisches Gremium mit seinen Grundsatzentscheidungen die Basis für das Alternativkonzept BADEN 21 geschaffen. Er hat breiten Raum für Folgeentscheidungen eröffnet, die im Zuge der Detailplanungen zu treffen sind. „Die Ausgestaltung dieses Raumes dürfen wir nicht allein den DB-Planern überlassen, sondern die Region muss sich auch weiterhin über die Mitarbeit in den Regionalen Begleitgremien hinaus engagieren, damit die ausgebauten Rheintalbahn menschengerecht, umweltverträglich und zukunftstauglich in die Region am südlichen Oberrhein eingepasst werden kann. Dafür brauchen wir weiterhin politische Unterstützung“, ist die IG BOHR überzeugt.

Für die IG BOHR ist offensichtlich, dass die Umsetzung politischer Beschlüsse, die i.d.R. auf Kompromissen beruhen, von ausführenden Organen und kritischen Beobachtern unterschiedlich bewertet werden. Aus diesem Grunde ist es selbstverständlich, dass der Aus- und Neubau der Rheintalbahn von den betroffenen Anliegern, Bürgern und Gemeinden aufmerksam begleitet wird. „Je offener die Bahn als Bauherrin und der finanzierende Bund als Auftraggeber und

Treuhänder ihrer Steuergelder damit umgehen, desto schneller geht es voran. Das sind wir der nächsten Generation schuldig“, betont die IG BOHR. Einen Problemkreis sieht sie u.a. in der konsequenten Umsetzung des Konzepts einer Trennung von Schienentrassen für den Güter- und Personenverkehr. „Güter sollen auf die Bahn, aber Güterzüge müssen aus Gründen des Schutzes vor Lärm, Erschütterungen und Gefahrguthavarien nicht durch Bahnhöfe und Ortschaften rollen, güterfreie Trassen schaffen die Voraussetzungen für einen zuverlässig getakteten Personennahverkehr“, ist das Credo der IG BOHR.

Stellvertretend für ein noch nicht überzeugend gelöstes Problem steht die politische Vorgabe, die Strecke für eine ICE-Geschwindigkeit von bis zu 250 km/h auszubauen. Dies erzeugt enorme Kosten, macht im Bereich Lahr bis Kenzingen den Bau weiterer zwei innerörtlicher Gleise erforderlich, obwohl die Güterzuggleise bereits an der A5 geplant werden. Flächenverbrauch, mehrjährige Bauzeiten in den betroffenen Kommunen, mächtige Lärmschutzbauten und enormer Energiemehrbedarf sind die weiteren Folgen. 16 Kommunen und die 9 Bürgerinitiativen der IG BOHR haben daher eine neutrale Expertise in Auftrag gegeben, die mit einem detaillierten Szenarienvergleich zum Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der ausgebauten Rheintalbahn die Kosten-Nutzen-Frage stellt, die in einen politischen Entscheidungsprozess einmünden soll. Die Expertise ist weitgehend abgeschlossen, die Ergebnisse wurden am 5. Oktober 2017 in der Sonnberghalle Auggen der Öffentlichkeit vorgestellt. Fazit ist, dass die DB mit allen Szenarien ihre Fahrplanvorgaben erreicht, rd. 15 Hektar an Fläche geschont werden, durch Energieeinsparung Betriebskosten gesenkt und damit die Umweltbelastung

reduziert sowie schließlich Aufwendungen für Baumaßnahmen von ca. 350 Mio. Euro entfallen und umgeschichtet werden können, z. B. für die Führung der Güterzüge auf separaten Gleisen bis kurz vor den Katzenbergtunnel, auch um dessen Kapazität für den Güterzugverkehr voll auszunutzen.

Die IG BOHR macht zudem deutlich: „Eigentümer der Bahnstrecke ist die Bundesrepublik Deutschland, deren höchstes Repräsentativorgan, der Deutsche Bundestag, am 24. September d.J. neu gewählt wurde. Die anstehenden Fragen sind politische Probleme des Bundes, weshalb es aus unserer Sicht Sinn macht, den neuen Deutschen Bundestag sowie die künftige Regierung umgehend damit zu beschäftigen, soll der Ausbau der Rheintalbahn zügig vorankommen. Was die DB als Optimum bezeichnet, ist für die Region nicht optimal. Die DB argumentiert pro domo, wir argumentieren pro regio“. Die IG BOHR erwartet aus Berlin eine neue politische Initiative zur Lösung der vom Projektbeirat liegengelassenen Probleme.

---

Gegründet im April 2004 ist die Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) der Zusammenschluss von 9 Bürgerinitiativen von Offenburg bis Weil am Rhein, die für eine menschengerechte, umweltverträgliche und zukunftstaugliche Rheintalbahn im Bereich des südlichen Oberrheins eintreten. Aus Sicht der Bürgerinitiativen erfüllen die ursprünglich vorgelegten Planungen der DB diesen Qualitätsanspruch nicht. Sie haben daher das Alternativkonzept BADEN 21 mit anderen Trassenführungen und verbessertem Lärmschutz entwickelt, das im eigens dafür eingerichteten Projektbeirat Rheintalbahn nach sechsjähriger Überzeugungsarbeit von der Bundes- und Landespolitik akzeptiert und im Januar 2016 von Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Seitdem laufen die Neu- und Umplanungen der DB. Näheres unter [www.ig-bohr.de](http://www.ig-bohr.de).

---

**Kontakt:**

Dr. Roland Diehl  
IG BOHR-Geschäftsstelle  
Eichenweg 13  
79189 Bad Krozingen  
Tel. 07633 14362 Fax 07633 405409  
[vorstand@mut-im-netz.de](mailto:vorstand@mut-im-netz.de)